



Newsletter Januar 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

der Orkan über NRW brachte keinen frischen Wind in den Landeshaushalt. Diesen haben wir nun in abschließender Lesung beraten und er wurde verabschiedet. Leider ist er nicht mehr als ein laues Lüftchen. Mehr dazu im nachfolgenden Artikel.

Vom Winde verweht war auch eine Aktuelle Stunde zu dem wichtigen Thema „Organspende“, welche die Regierungsfaktionen beantragt hatten: Anstatt neuer Ideen wurde von nahezu allen Fraktionen die schlimme Lage bedauert und sich gegenseitig geschworen, etwas zu unternehmen. Ausschließlich meine SPD-Fraktion brachte eine generelle Diskussion über die gesetzliche Lage ins Gespräch. Wir werden in Deutschland zu Beginn jedes Jahres aufs Neue mit der dramatischen Situation und den ernüchternden Spenderzahlen konfrontiert. In diesem Jahr ist es besonders gravierend, da haben wir den niedrigsten Stand der Spenderzahlen seit 20 Jahren. Generell scheint zu gelten: Wir bekommen das mit den Organspenden hier in Deutschland nicht so richtig hin. Für viele Erkrankte ist ein Spenderorgan aber die einzige Chance auf Genesung. Und es kann jeden von uns treffen. Trotzdem sind die Wartelisten lang und die Spenderorgane rar. Daran muss sich etwas ändern! Sowohl das Land als auch der Bund müssen sich jetzt für effektive Änderungen der Lage einsetzen!

In dieser wichtigen Plenarwoche habe ich selbst auch vor dem Plenum geredet, nämlich zu der schwierigen Frage der Kartellklage zur Rundholzvermarktung in NRW. Die bewährte Bewirtschaftung der heimischen Wälder – auch der in Privatbesitz – durch den Landesbetrieb Wald und Holz wird durch ein Verfahren des Bundeskartellamtes in Frage gestellt. Das führt derzeit zu großen Unsicherheiten. Der Landesbetrieb muss sich unter Umständen schrittweise aus der Betreuung und Beratung des Privat- und Körperwaldes zurückziehen. Am Ende des nachfolgenden Newsletter kann man auch meine Rede zu dem Thema nachlesen.

Welche weiteren Punkte in dieser Woche ebenfalls aktuell waren, berichte ich im Anschluss.

Bei der Lektüre wünsche ich viel Vergnügen!

Herzlichst
Annette Watermann-Krass

Annette Watermann-Krass

Inhalt

Haushaltsverabschiedung	S. 2
100 Jahre Frauenwahlrecht	S. 2
Digitalisierung an Schulen	S. 2
Kita-Finanzierung	S. 3
Digitalisierung der Arbeitswelt	S. 3
Neujahrsempfang	S. 3
Soester Agrarforum	S. 3
Plenarrede vom 17. Januar	S. 4/5

Haushalt 2018: Mitte-Rechts-Koalition scheitert an den eigenen Ansprüchen

Am vergangenen Mittwoch hat der Landtag in dritter und abschließender Lesung über den Haushalt 2018 beraten. Der vorliegende Haushalt legt Zeugnis über die Ambitions- und Planlosigkeit dieser schwarz-gelben Landesregierung ab. Und dies obwohl die finanziellen Rahmenbedingungen in NRW ideal sind: Das Wirtschaftswachstum beträgt rund zwei Prozent, die Arbeitslosenquote liegt mit sieben Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren und die Steuereinnahmen sind Ende 2017 um 2,9 Milliarden Euro höher als im Vorjahreszeitraum. Trotz alledem: Die Investitionsquote des Landes steigt nicht, sie sinkt.

„Wir von der SPD-Fraktion treten für Zukunftsinvestitionen in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft ein. Wir haben deshalb zusätzliche Mittel für die Altenpflegeausbildung, den sozialen Arbeitsmarkt und die gleiche Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern beantragt. Die Kommunen wollen wir mit 255 Millionen Euro zusätzlich unterstützen“, erläuterte die heimische SPD-Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass.

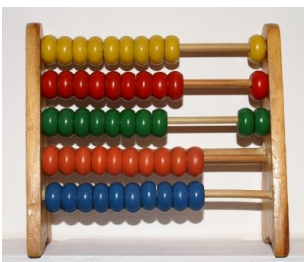
100 Jahre Frauenwahlrecht: Würdigung und Selbstverpflichtung zugleich!

Das hundertste Jubiläum des Frauenwahlrechts in Deutschland ist ein guter Anlass, um sich in Erinnerung zu rufen, welcher Kraftaufwand zur Umsetzung dieses Recht erforderlich war. Der engagierte Kampf vieler Frauen für ihre Rechte hat trotz enormer Widerstände zahlreiche Fortschritte nach sich gezogen. Das Frauenwahlrecht und die Gleichberechtigung sowie Gleichstellung der Geschlechter sind untrennbar mit der Geschichte der Sozialdemokratie verbunden. Die Sozialdemokratin Marie Juchacz, Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, war die erste Frau, die in Deutschland vor einem demokratisch gewählten Parlament geredet hat.

„Auch hundert Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts sind Frauen in politischen Ämtern stark unterrepräsentiert. In unserem Antrag setzen wir uns auch deshalb für bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Mandat ein“, so Annette Watermann-Krass.

[Drucksache 17/1664](#)

Digitalisierung an Schulen: Digitale Ausstattung von Schulen verbessern



Es besteht großer Handlungsbedarf bei der digitalen Ausstattung der Schulen in NRW, darauf verweist die jüngst veröffentlichte Studie „Schule digital“ der Deutschen Telekom Stiftung.

Annette Watermann-Krass machte deutlich: „Eine gute technische Infrastruktur in den Schulen Nordrhein-Westfalens ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Schülerinnen und Schüler digitale Anwendungskompetenzen und kritische Medienkompetenz, zum Beispiel einen sorgfältigen Umgang mit den eigenen Daten, erlangen können. Neben der Versorgung der Schulen mit schnellem Internet muss auch die technische Ausstattung der Klassenzimmer verbessert werden.

Um dies zu gewährleisten, müssen sowohl eine Bundesförderung als auch eine entsprechende Kofinanzierung zwischen Bund und Land eingerichtet werden.“

[Drucksache 17/1667](#)

Frühkindliche Bildung: Grundlegende Reform der Kita-Finanzierung in NRW

„Wir von der SPD-Fraktion fordern, dass Kitas statt der Kindpauschalen künftig einen Sockelbetrag erhalten, der die Gesamtkosten für die Zahl ihrer Regelplätze im Umfang von mindestens 30 Stunden als feste Einrichtungsfinanzierung absichert. Das Land soll mit 70 Prozent den Großteil dieses Sockels finanzieren“, berichtet die SPD-Politikerin Annette Watermann-Krass.



Der Sockel soll Kommunen und Träger in ihren Finanzierungsanteilen entlasten und Eltern von den Gebühren befreien. Ergänzt wird der Sockel um einen belegungs-, einrichtungs- und sozialraumabhängigen Zuschuss je Kind, der die weiteren Kosten deckt und ungleiche Voraussetzungen in den Kitas ungleich behandelt. An diesem Zuschuss soll sich das Land finanziell wie bisher mit rund 35 Prozent beteiligen. Ziel dieses neuen Finanzierungsmodells ist es, die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu erhöhen.

[Drucksache 17/1666](#)

Digitalisierung der Arbeitswelt: Schutzrechte der Beschäftigten stärken

Mit dem Arbeitszeitgesetz werden Höchstgrenzen für die tägliche Arbeitszeit und Mindestdauer von Ruhezeiten und Pausen geregelt. Die Sozialpartner können davon abweichende Regelungen vereinbaren.

„Die Mitte-Rechts-Koalition hält das Arbeitszeitgesetz vor dem Hintergrund der Digitalisierung für nicht mehr zeitgemäß und will es durch eine Initiative im Bundesrat entkernen. Als zukünftiger Maßstab soll Beschäftigten nur die EU-Arbeitszeitrichtlinie dienen, die eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden vorsieht. Die Richtlinie enthält keinerlei Vorgaben zur täglichen Arbeitszeit. Das lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen die Landesregierung dazu auf, die Herausforderungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt so zu gestalten, dass die die Schutzfunktion des Arbeitsrechts nicht geschwächt wird“, verdeutlicht Annette Watermann-Krass.

[Drucksache 17/1665](#)

Neujahrsempfang bei der Regierungspräsidentin Dorothee Feller



Mit spannenden Terminen ging das Jahr 2018 bereits los. Unter anderem stand für die Landtagsabgeordnete der Neujahrsempfang bei der Bezirksregierung Münster im Terminkalender. In ihrer Rede ging Regierungspräsidentin Feller unter anderem auf den Zusammenhalt mit den europäischen Nachbarregionen in der Niederlande ein. Die Zusammenarbeit muss hier immer mehr zum Selbstverständnis werden. Aber auch der Zusammenhalt im ländlichen Raum Münsterland soll weiter gestärkt werden um den Metropol-Regionen Ruhrgebiet und Rheinland etwas entgegenzusetzen. Zum Abschluss stand noch ein Treffen mit Glücksbringern für das kommende Jahr auf der Agenda.

Soester Agrarforum

Um für die parlamentarische Arbeit immer auf dem Laufenden zu sein, sind Fachveranstaltungen immer ein wichtiger Bestandteil des Terminkalenders von Annette Watermann-Krass. So konnte sie am 12. Januar 2018 das Agrarforum in Soest besuchen, welches unter dem Motto „Landwirtschaft zwischen Digitalisierung und Agrarreform—Zukunftsfragen für Betriebe“ stattgefunden hat. Bei interessanten Vorträgen konnte sich die Landtagsabgeordnete einige Denkanstöße für ihre Arbeit im Umweltausschuss mitnehmen.

Plenarrede der Landtagsabgeordneten Annette Watermann-Krass SPD:

„Waldwirtschaft in NRW nachhaltig gestalten!“

17.01.2018

zum Antrag der Grünen-Fraktion

-Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit 15 Jahren beschäftigen wir uns in NRW schon mit der Kartellklage zur Nadelrundholzvermarktung. Jede Regierung hat sich dem Thema angenommen. Es wurden Modellversuche gestartet, die Entgeltordnung angepasst und schließlich eine Verpflichtungszusage gegeben. Und auch diese Regierung ist jetzt dabei, sich dem Kapitel „Kartellbeschwerde“ zu stellen.

Dabei ist heute schon klar: die bewährte Bewirtschaftung durch den Landesbetrieb Wald und Holz wird durch das Verfahren des Bundeskartellamtes in Frage gestellt. Sie werden sich schrittweise aus der Betreuung und Beratung des Privat- und Körperwaldes zurückziehen. Das führt derzeit zu großen Unsicherheiten.

Die Zuschriften mehren sich von Forstbetriebsgemeinschaften, die Angst davor haben, dass es zukünftig schwierig wird, Rat, Anleitung und vor allem den Verkauf von kleinen Mengen Holz selbst zu organisieren.

Sie fühlen sich auch vom Waldbauernverband nicht richtig vertreten.

Zudem kommt noch die Beschwerde über mutmaßlich rechtswidrige staatliche Beihilfen bei der EU-Kommission.

Hier herrscht die Verunsicherung auf der Seite der Waldbesitzer und unserer Forstbediensteten. Kann es passieren, dass ihre Dienstleistungen, die sie zurzeit erbringen, als indirekte Förderung demnächst erstattet werden muss?

Was heißt das jetzt für die Forst- und Holzwirtschaft in NRW?

Das Cluster Forst und Holz hat etwa 163 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und erzielte 2013 einen Umsatz von rund 40 Milliarden Euro. Mit circa 7 Prozent des Umsatzes ist dieses Cluster auch in NRW eine beträchtliche volkswirtschaftliche Größe. Dabei ist NRW das Bundesland mit dem höchsten Anteil von Privatwald von 64% an der Gesamtwaldfläche. Rund 130.000 Waldbesitzer haben weniger als fünf Hektar Wald. Eine Menge dieser privaten Waldbesitzer nutzen bisher das Fachwissen und die Infrastruktur des Landesbetriebes Wald und Holz NRW, um ihren Wald bewirtschaften zu lassen.

Im Oktober letzten Jahres haben wir eine Information zum Kartell- und beihilferechtliche Problematik in der forstlichen Betreuung bekommen. Daraus wird klar, es hat erste Gespräche mit dem Kartellamt gegeben. Es sind Fragebögen verschickt worden, um Strukturdaten zum Holzverkauf zu bekommen.

Das BKartA möchte eine kartellrechtskonforme Lösung gemeinsam mit den Bundesländern erreichen. Der Abschluss einer Vereinbarung ist das oberste Ziel.

Soweit die Antwort aus dem Ministerium. Allerdings bleiben viele Fragen:

1/3 unseres des Holzes wird zurzeit über den Landesbetrieb auf den Markt gebracht – wer soll das demnächst machen?
wie kann die hohe Wertschöpfung im Cluster Holz für NRW erhalten bleiben, wenn Holz aus den Privatwäldern nicht mehr zur Verfügung steht?

Wie will diese Landesregierung Rat und Anleitung für die Kleinst- und Kleinwaldbesitzer sicherstellen? Denn sie werden sich das zu marktüblichen Preisen nicht leisten können.

Was wird aus dem Landesbetrieb Wald und Holz? – Wird man sich nur noch auf die hoheitlichen Aufgaben konzentrieren? Was wird aus den Bediensteten des Landesbetriebes und wo bleibt die hohe Fachlichkeit die dort vorhanden ist.

Wer übernimmt zu welchen Konditionen Rat und Anleitung um einen klimastabilen, artenreichen und strukturierten Wald in NRW zu behalten?

Deshalb begrüßen wir den Antrag der Grünen, der die richtigen Forderungen stellt.
Es wird eine belastbare Waldstrategie gefordert, damit Ziele und Maßnahmen dargestellt werden.

Ein Dialog mit allen Beteiligten um eine kartellrechtskonforme Lösung zu finden.

Und zum Schluss: Vor allem unsere Klein- und Kleinstwaldbesitzer brauchen jetzt verlässliche Aussagen und Sicherheit. Wer bietet ihnen in Zukunft Rat und Anleitung? Wie können sie ihre Wälder weiterhin umweltgerecht und profitabel bewirtschaften?

Die Wertschöpfung im Bereich Wald und Forst in NRW ist hoch. Jede zweite Küche in Deutschland kommt aus NRW. Der Rohstoff Holz ist der Baustoff der Zukunft, sowohl im Bereich der Bauwirtschaft, wie im Bereich des biobasierten Koststoffes.

Deshalb werden wir politisch weiter fordern, dass das Wettbewerbsrecht und die Waldbewirtschaftung in Einklang zu bringen ist. Falsche Entscheidungen bezüglich des Landesbetriebes zerstören dauerhaft funktionierende Strukturen.

Insofern unterstützen wir den Antrag der Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und freue mich auf die Diskussion im Fachausschuss.

Fotonachweis:

Rechenschieber: S. Hofschlaeger / pixelio.de

Kita: Helene Souza / pixelio.de

